

Wahlprogramme ausgewählter Parteien im Überblick*

Zusammenstellung der finanzpolitischen Positionen 2017

Themen							
1. Struktur des Bankensystems	<i>Keine Erwähnung</i>	„Regional tätige Finanzinstitute wie Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Förderbanken sind wichtige Finanzpartner vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land. Wir sehen sie als wichtige Säule für die Stabilität im Finanzsystem und kämpfen daher für ihren Erhalt“.	„Die Basis eines neuen Finanzsektors sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken . Sie wollen wir fördern“.	„Zu große Banken sind eine Gefahr für die Realwirtschaft, da wir sie nicht ohne Schaden für alle abwickeln können“.	„Die Belastung durch zusätzliche Bürokratie trifft insbesondere die kleinen und mittleren Finanzinstitute, die im Wesentlichen die gleichen regulatorischen Anforderungen erfüllen müssen wie internationale Großbanken (One size fits all)“.	<i>Keine Erwähnung</i>	Erhalt des dreigliedrigen Bankensystems. Berücksichtigung der Struktur von Verbundsystemen. Förderung von Genossenschaftsbanken.
2. Finanzmarktregulierung/Proportionalität	„Nur als starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten.“	Differenzierung in der Regulierung danach, ob es sich um Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Förderbanken oder um systemrelevante Großbanken handelt.	Großbanken entmachten, Banken unter demokratische Kontrolle bringen und in öffentliches Eigentum überführen, um den Finanzsektor auf gesellschaftlich sinnvolle Kernaufgaben zu konzentrieren.	Weniger aber härtere Regeln. Reduzierung des bürokratischen Aufwands für kleine, regionale Institute.	Entlastungen für kleinere Banken mit risikoärmerem Geschäft. Einführung einer Small-Banking-Box.	<i>Keine Erwähnung</i>	Proportionale Ausgestaltung der Regulierung. Bessere Gesamtabwägung aller getroffenen Maßnahmen mit Folgenabschätzung. Weniger Belastungen für kleine und mittlere Finanzinstitute. („Small and simple banking box“)
3. Trennbankensystem	<i>Keine Erwähnung</i>	Für Trennung von Investment- und Geschäftsbanking	Das Investmentbanking als Geschäftsfeld abwickeln.	Trennbankensystem für große Banken einführen.	<i>Keine Erwähnung</i>	<i>Keine Erwähnung</i>	Erhalt des Universalbankensystems.



		und Einschränkung des Eigenhandels.					
4. EU-Einlagensicherung (EDIS)	„Zusätzliche Lasten alleine auf den Schultern deutscher Sparer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wie sie bei einer europäischen Arbeitslosenversicherung oder einer europäischen Einlagenversicherung drohen, lehnen wir ab.“ (nur: Bayernplan CSU)	<i>Keine Erwähnung</i>	<i>Keine Erwähnung</i>	<i>Keine Erwähnung</i>	„Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung im europäischen Raum lehnen wir ab“.	„Die grenzüberschreitende Haftung der deutschen Banken für alle anderen EU-Banken muss ausgeschlossen bleiben“. Für Verbundlösungen, die den unterschiedlichen Profilen der Bankengruppen Rechnung tragen.	Ablehnung einer gemeinsamen EU-Einlagensicherung. Harmonisierung nationaler Systeme. Hohen Standard der Institutsicherung erhalten.
5. Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)	Gegen die Vergemeinschaftung von Schulden in der Euro-Zone. Schaffung eines eigenen Währungsfonds für die Euro-Zone (EFW)	Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum. Für einen europäischen Wirtschafts- und Finanzminister. Für ein gemeinsames Finanzbudget in der Euro-Zone.	Für eine gemeinsame Haftung bei Krediten der Euro-Mitgliedsländer.	Das Europäische Parlament (EP) soll im Bereich der WWU gleichberechtigt mitentscheiden. Der ESM soll in einen Europäischen Währungsfonds umgewandelt werden, der vom EP kontrolliert wird. Der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung soll der nächste Präsident der Eurogruppe werden.	Für geordnete Staatsinsolvenzen in der Eurozone. Für ein geregeltes Austrittsverfahren aus dem Euro-Währungsgebiet.	Für den Austritt aus dem Euroraum. Für Vorkehrungen zur Wiedereinführung einer nationalen Währung. (Deutsche Mark).	Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und Gleichklang von Haftung und Kontrolle.
6. EZB-Niedrigzins	„Wir fordern die Abkehr von der schrankenlosen Nullzinspolitik. Die anhaltende Nullzinspolitik der EZB ist ein Fehler, Sparguthaben und Altersvorsorge sowie Mittelstandsbanken leiden darunter. Es	<i>Keine Erwähnung</i>	„Die EZB soll den Euro-Staaten in festgelegtem Rahmen direkt leihen dürfen. Dabei sollen nicht nur Preisstabilität, sondern auch nachhaltige Wirtschaftsentwick-	<i>Keine Erwähnung</i>	Für eine Beendigung der Niedrigzinspolitik.	„Beendigung der Sparer und Rentner enteignenden Politik der EZB“.	Einstieg in den Ausstieg der Niedrigzinspolitik.



	ist falsch, wenn der Konsum belohnt und Sparen bestraft wird.“ (nur: Bayernplan CSU)		lung und Vollbeschäftigung berücksichtigt werden.“				
7. Abwicklung von Banken / Krisenmanagement	<i>Keine Erwähnung</i>	Für die vorrangige Haftung von Anteiligentümer und vermögenden Gläubigern.	Haftung durch Eigentümer und Gläubiger. Für öffentliche Absicherung der Einlagen von Kleinsparern. „Sparkassen und Genossenschaftsbanken dürfen nicht für Mega-Banken haften“.	Für eine Fusionskontrolle, damit keine too-big-to-fail-Banken entstehen. Für eine Eigenkapitalquote von 10% des gesamten Geschäftsvolumens.	Für konsequente Anwendung der „Bail-in“-Regeln.	Für ein Recht des Bankkunden auf Konten, die die Geldinstitute im Sondervermögen halten müssen.	EU-Abwicklungsfonds nur für systemrelevante international tätige Banken. Berücksichtigung und Erhalt der Institutssicherung.
8. Finanzverbraucherschutz	Für eine Stärkung der Verbraucherrechte in der digitalen Welt.	Für Musterfeststellungsklagen und Stärkung der Verbandsklage. Für eine Offenlegung der Daten beim „Scoring“. Für eine Begrenzung der Gebühren beim Abheben von Bargeld an fremden Bankautomaten. Für den Ausbau der Verbraucherzentralen und ihres Bundesverbandes.	Für die Einführung einer ex-ante Prüfung von Finanzprodukten (FinanzTÜV).	Dringende Verbesserung des finanziellen Verbraucherschutzes. Provisionen und Gebühren deckeln und transparent machen.	<i>Keine Erwähnung.</i>	Für eine Renationalisierung des Verbraucherschutzes.	Für Erhöhung der Transparenz gegenüber den Verbrauchern. Für größere Transparenz bei Dispokreditzinsen.
Beratung	<i>Keine Erwähnung</i>	Stärkung der Honorarberatung als Alternative zur provisionsbasierten Beratung.	Für eine Überwindung der provisionsgestützten Beratung und Ausbau der Honorarberatung.	Für eine unabhängige Finanzberatung auf Honorarberatung und Abwicklung der provisionsbasierten Beratung.	<i>Keine Erwähnung</i>	<i>Keine Erwähnung</i>	Erhalt der Möglichkeit der provisionsbasierten Beratung. Wahlmöglichkeit für Honorarberatung.
Deckelung der Dispositionszinsen	<i>Keine Erwähnung</i>	Für die Deckelung der Dispo-Zinsen	Für die Deckelung der Dispo-Zinsen auf höchstens fünf	Für die Deckelung der Dispo-Zinsen.	<i>Keine Erwähnung</i>	<i>Keine Erwähnung</i>	Keine Deckelung der Dispo-Zinsen. Ablehnung des Kontrahierungszwanges.



			Prozent oberhalb des Zinssatzes der Zentralbank.				
9. Bargeld	Für die Beibehaltung des Bargeldes als ein wichtiges Zahlungsmittel.	Für ein Recht der Bürger auf Bargeld.	<i>Keine Erwähnung.</i>	<i>Keine Erwähnung</i>	Für die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel.	Für den „dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht“.	Erhalt des Bargeldes.
10. Finanztransaktionssteuer (FTT)	Für die Einführung der FTT im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit.	Für die Einführung der FTT.	Für die Einführung der FTT.	Für die Einführung der FTT.	<i>Gegen</i> die Einführung der FTT.	<i>Keine Erwähnung</i>	Ablehnung der Finanztransaktionssteuer. Vermeidung von Kaskadeneffekten.
11. Abgeltungssteuer	Für die Abschaffung der Abgeltungssteuer	Für die Abschaffung der Abgeltungssteuer.	Für die Abschaffung der Abgeltungssteuer.	Für die Abschaffung der Abgeltungssteuer.	<i>Keine Erwähnung</i>	<i>Keine Erwähnung</i>	Der BVR spricht sich für einen Erhalt der Abgeltungssteuer aus.
12. Vermögenssteuer	Gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer.	„Besonders vermögende Bürgerinnen und Bürger sollen und können einen höheren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Investitionen (...) leisten.“	Für eine Besteuerung von Vermögen ab einer Million Euro.	Für eine Vermögenssteuer für „Superreiche“ (ohne Definition) .	Gegen die Vermögenssteuer.	Gegen die „Reaktivierung der Vermögenssteuer“.	Der BVR rät von einer Vermögenssteuer ab.
13. FinTech	<i>Keine Erwähnung</i>	Für eine vereinfachte Aufsicht und Gründungsfinanzierung für FinTechs.	<i>Keine Erwähnung</i>	<i>Keine Erwähnung</i>	<i>Keine Erwähnung</i>	<i>Keine Erwähnung</i>	Alle Marktakteure müssen den gleichen regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen unterliegen. („Level playing field“)
14. Finanzierung am Kapitalmarkt	Für den erleichterten Zugang für Start-ups zu Wagniskapital. „Wer sich an Start-ups beteiligt, soll das bei der Steuer berücksichtigen können.“	Für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapital.	„Wir lehnen die Kapitalmarktunion ab.“	Für neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding.	Für eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen bei Wagniskapital. Für innovative Finanzierungsmodelle wie das Crowdfunding.	<i>Keine Erwähnung</i>	Die angedachte europäische Kapitalmarktunion spielt eine wichtige Rolle bei der Verbesserung des Finanzzugangs für junge und innovative Unternehmen. Bank bleibt zentraler Akteur.
15. Altersvorsorge	Gesetzliche Rente als zentraler Pfeiler. Einsetzung einer Rentenkommission.	Einführung einer gesetzlichen Mindestrente (Solidarrente).	Einführung einer Mindestrente von 1.050 Euro monatlich.	Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung.	Freie Wahl des Renteneintrittsalters.	Betriebsrente und private Vorsorge stärken.	



		<p>Ausweitung der Betriebsrente.</p> <p>Einführung eines Standardproduktes in der privaten Altersvorsorge.</p>	<p>Abschaffung der Riester-Rente.</p> <p>Keine Abhängigkeit des Versicherungsnehmers vom Kapitalmarkt bei betrieblichen Altersvorsorge.</p>	<p>Einführung einer Mindestrente (Garantierrente).</p> <p>Bürgerfonds für die betriebliche und private Altersvorsorge in öffentlicher Verwaltung. Fonds investiert nachhaltig.</p> <p>Ausbau betrieblicher Altersvorsorge.</p>	<p>Mehr Verbraucherfreundlichkeit und Vergleichbarkeit der Altersvorsorgeprodukte.</p> <p>Freiwilliges Vorsorgekonto.</p> <p>Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge.</p> <p>Breitere Investitionsmöglichkeiten für Kapitalsammelstellen.</p>	<p>Austritt aus der Euro-Zone bei anhaltendem Niedrigzins.</p> <p>Doppelbesteuerung der staatlichen Rente vermeiden.</p>	
--	--	--	---	--	---	--	--

Quellen sind die verabschiedeten Programme:

- Programm der CSU: „DER BAYERNPLAN. KLAR FÜR UNSER LAND“. Beschlossen und vorgestellt am 17. Juli 2017.
- Programm der CDU/CSU: „FÜR EIN DEUTSCHLAND, IN DEM WIR GUT UND GERNE LEBEN“. Beschlossen und vorgestellt am 3. Juli 2017.
- Programm der SPD: „ES IST ZEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT: ZUKUNFT SICHERN, EUROPA STÄRKEN“. Verabschiedet auf dem Bundesparteitag der SPD am 25. Juni 2017.
- Programm von Bündnis 90/Die Grünen: „ZUKUNFT WIRD AUS MUT GEMACHT“. Beschlossen auf der Bundesdelegiertenkonferenz vom 16.-18. Juni 2017.
- Programm der Partei DIE LINKE: „SOZIAL.GERECHT.FRIEDEN.FÜR ALLE. Die Zukunft, für die wir kämpfen.“ Beschlossen auf dem Bundesparteitag vom 9.-11. Juni 2017.
- Programm der FDP: „SCHAUEN WIR NICHT LÄNGER ZU“. Verabschiedet auf dem 68. ord. Bundesparteitag der FDP vom 28.-30. April 2017.
- Programm der AfD: „PROGRAMM FÜR DIE WAHL ZUM DEUTSCHEN BUNDESTAG AM 24. SEPTEMBER 2017“. Beschlossen auf dem Bundesparteitag vom 22.-23. April 2017.

* in der Reihenfolge der Sitzverteilung im 18. Deutschen Bundestag (Wahl 2013) mit nach aktuellen Umfragen potenziell hinzukommenden Parteien. Der Tabelleninhalt fast sinngemäß die jeweiligen Positionen in eigener Aufgliederung zusammen. Verantwortlich für Auswahl und Zusammenstellung: Thomas Stammen (t.stammen@bvr.de) und Julia Weishaupt (j.weishaupt@bvr.de), Verbindungsstelle Parlament/Europapolitik (politik@bvr.de)